

# Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

STADT-AUSGABE

1MG

München, Donnerstag, 16. Dezember 2010

66. Jahrgang / 50. Woche / Nr. 291 / 2,00 Euro

## Das Streiflicht

(SZ) Der Journalist vom Wochenblatt hat einen Aufsatz beendet und ist, wie eigentlich immer, höchst zufrieden mit seinem Werk. Welcher Ehrgeiz aber trieb ihn an bei seinem Schaffen? Wollte er die Welt verbessern? Wollte er einen Gedanken denken, den vor ihm noch keiner gedacht hatte? Wollte er die Mächtigen im Staat zur Umkehr aufrufen? Oder wollte er bloß, zum Zwecke der Gehaltsaufbesserung, seinen Geldgebern imponieren? O nein, nichts von alledem hat unseren Schreiber inspiriert. Sein einziges Ziel war es, die lieben Leserinnen, die schönen Frauen mit dem Wohlklang seiner Formulierungen zu betören. „Das Blatt wird eine gute Wirkung thun, es muß alle Weiber bezaubern“, sagt der Mann, es ist der erste Satz von Goethes Jünglingsdrama „Clavigo“, und obwohl das Stück höchst schauderhaft endet, zeigt schon sein Anfang, dass es auch eine Komödie ist. Weil der tragische Titelheld, Herr Clavigo, auch eine komische, unheilbar lächerliche Figur ist, ein prachtvoller Gockel, ein ewiger Stenz. Männer, so sagt Goethe, der es wissen muss, sind immer komisch, sogar dann, wenn sie tragisch sind. Ob auch die Frauen komisch sind? Hierzu sagt Goethe lieber nichts.

„Komik ist männlich“, behauptet nun der begnadete deutsche Schauspielkünstler Henry Hübchen in einem Interview mit dem Tagesspiegel, und er sagt auch, dass er über Frauen leider nur selten lachen kann. Und er sagt außerdem, dass er nicht weiß, wieso das so ist. Der Mann hat ja recht, denkt man im Stillen als Leser und Mann, und es fällt einem sogleich ein, dass fast alle Humoristen-Planstellen im Land fest in Männerhand sind. Aber vielleicht hat er doch nicht ganz recht, ist der zweite Gedanke, denn wenn man sich daran erinnert, wie unwiderstehlich komisch Marilyn Monroe in „Some Like It Hot“ gewesen ist, oder Theresese Giehse als Irrenärztin in Dürrenmatts „Phisikern“, um nur zwei von hundert Beispielen zu nennen, dann zweifelt man doch bald an der Theorie von der männlichen komischen Allgewalt. Bravo, Hübchen, denkt man zuerst, doch dann denkt man wieder: Hübchen, was für ein Unsinn! Und dann denkt man eine ganze Weile gar nichts mehr.

Aber vielleicht gibt es ja doch eine Erklärung. Komik hat zu tun mit Macht – und natürlich umgekehrt. Wie sich die Mächtigen eitel aufblähen, und wie er dann stolpernd und auf die Nase fällt, das ist eine komische Ursituation, die niemals ihren Reiz verliert. Also sind Frauen, sind sie erst einmal mächtige Frauen, zwangsläufig auch komisch. Ist es unsere Kanzlerin etwa nicht? Wenn sie auf der Regierungsbank ihre Clownsgrimassen schneidet. Wenn sie auf ihrem Handy herumhämmert. Oder wenn sie wieder mal mit Sarkozy ins Geküsse kommt. Dies alles ist höchst drollig und thut gewiss seine Wirkung. Ob es allerdings die Männer bezaubert, ist eine ganz andere Frage.



## Tödliche Klippen

Bei stürmischer See ist vor der Weihnachtsinsel im Indischen Ozean ein Boot mit bis zu 90 Flüchtlingen an Bord gegen die Felsen getrieben worden und gesunken. Berichten zufolge starben Dutzende Menschen, unter ihnen auch Kinder. Die Tragödie spielte sich wenige Meter vor der Küste ab, viele Einwohner der zu Australien gehörenden Insel versuchten, den Schiffbrüchigen zu helfen. Der Sturm verhinderte das jedoch. Das Holzboot kam von der indonesischen Insel Java. Schlepper wollten die Menschen aus dem Irak und Iran auf der Weihnachtsinsel absetzen. (Panorama) Foto: Reuters

## Appell vor dem Gipfeltreffen in Brüssel

# Spanien fordert größeren Rettungsfonds

### Madrid befürchtet die Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit / Merkel: Der Euro ist unser Schicksal

Brüssel – Der an diesem Donnerstag beginnende EU-Gipfel wird vom Streit über den Umgang mit der Schuldenkrise sowie von neuen Alarmsignalen – diesmal aus Spanien – überschattet. Die Regierung in Madrid verlangte am Mittwoch eine Ausweitung des Euro-Schutzschirms, was vor allem von Deutschland entschieden abgelehnt wird. Die Opposition im Bundestag warf Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in einer Europa-Debatte vor, die Bundesrepublik international zu isolieren.

Bei ihrem zweitägigen Treffen in Brüssel wollen die Staats- und Regierungschefs der EU über eine Änderung der europäischen Verträge verhandeln, um gegen Haushaltskrisen künftig besser gewappnet zu sein. Dazu soll das bisherige, 750 Milliarden Euro umfassende Paket zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung Mitte 2013 durch ein dauerhaftes Programm zur Krisenabwehr ersetzt werden.

Das Konzept sieht vor, dass Länder in Zahlungsnot Kredite der Euro-Partner erhalten können, wenn sie ein striktes Sparprogramm auflegen und die Währung als Ganzes in Gefahr ist. Bei einem drohenden Staatsbankrott sollen auch private Gläubiger, also vor allem Banken, Versicherungen und Fonds, an den Sanierungskosten beteiligt werden.

Eine Reihe von Staaten wollen über diese mittelfristige Planung hinaus Änderungen am bestehenden Schutzschirm, dem sogenannten EFSF, vornehmen. Sie weisen darauf hin, dass es bisher nicht gelungen ist, die Turbulenzen an den Finanzmärkten zu beenden. Im Gespräch sind eine Verdopplung der Kreditsumme auf 1,5 Billionen Euro sowie die Emission gemeinsamer Staatsanleihen aller 16 Euro-Staaten, sogenannte Eurobonds. Zudem soll der EFSF nationale Schuldverschreibungen aufkaufen können.

Spaniens Finanzministerin Elena Salgado sprach sich am Mittwoch für eine

Ausweitung des Schutzschirms aus. Das Geld könne – müsse aber – „nicht notwendigerweise“ – für Anleihekäufe durch den EFSF ausgegeben werden, sagte sie. Genau darauf zielen die spanischen Überlegungen aber offenbar ab, wie örtliche Medien berichten. Demnach soll der Rettungsfonds „vorbeugend“ tätig werden, wenn ein Land an den Finanzmärkten unter Druck gerät. Genau das könnte Spanien bald passieren: Die Ratingagentur Moody's erklärte, sie werde die Kreditwürdigkeit des Landes womöglich herabstufen. Als erstes Mitglied der Währungsunion wird Irland 67,5 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds in Anspruch nehmen. Das Parlament in Dublin stimmte dem Vorhaben am Mittwoch zu.

Zum Ärger der Bundesregierung kündigte Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker an, er werde beim Gipfel erneut die Schaffung von Eurobonds fordern. Außenminister Jean Asselborn warnte zugleich Deutschland und Frankreich da-

vor, die Vorschläge anderer EU-Partner „arrogant“ vom Tisch zu wischen. Ähnlich äußerte sich im Bundestag auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. Er verlangte zudem einen „umfassenden Ansatz“ zur Stabilisierung Europas, zu dem ein teilweiser Forderungsverzicht privater Gläubiger, eine Ausweitung des Rettungsschirms sowie Mindeststandards im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht gehören müssten.

Merkel blieb in ihrer Rede ein Gesamtkonzept schuldig, legte aber ein ungewöhnlich pathetisches Bekenntnis zu Europa ab. „Der Euro ist unser gemeinsames Schicksal“, sagte sie. Ihr Bemühen um eine Stabilisierung der Währung sei nicht technischer Natur, sondern gründe sich auf „die grandiose Friedens- und Freiheitsidee der europäischen Einigung“. Dieser sei sie verpflichtet, „als Mensch, aber auch als Bundeskanzlerin der wirtschaftlich stärksten Nation Europas“. (Seite 4, Wirtschaft) hul, jc, gam

## Heute in der SZ

**Posen für den Staatsanwalt**  
Der Prozess gegen Jörg Kachelmann unterhält das Publikum.  
Von Hans Holzhaider ..... 3

**Der Wert der Gewerkschaft**  
Deutsche Arbeitnehmer brauchen keine Generalstreiks – anders als die Griechen.  
Leitartikel von Detlef Esslinger ..... 4

**Das will ich auch haben!**  
Warum Weihnachten mit Kindern eine Herausforderung ist. .... 9

**Wissen ist Macht**  
Wikileaks und die Attacke gegen das Staatsgeheimnis – ein historischer Exkurs bis zum Drama der Gegenwart. 11

**Leben in der Arktis**  
Eisbären und Meeressäuger passen sich dem Klimawandel an. .... 16

**„Ich wollte schnell reich werden“**  
Michael Prinz zu Salm-Salm über Anlagetipps seiner Mutter und Ohrfeigen im Wald. .... 24

**Sanfter Umbau**  
Der FC Bayern plant neue Strukturen – mit Baines und Gustavo, aber ohne Kapitän van Bommel. .... 37

**TV- und Radioprogramm** ..... 30  
**Kino, Theater** ..... Lokales  
**Reise** ..... 31-36  
**Forum / Leserbrief, Rätsel** ..... 29, 38  
**Familienanzeigen** ..... 22

Süddeutsche Zeitung GmbH Hultschiner Straße 8  
81677 München; Telefon 089/21 83-0,  
Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de  
**Anzeigen:** Telefon 089/21 83-10 10 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/21 83-10 20 (Motormarkt), 089/21 83-10 30 (Stellenmarkt, weitere Märkte).  
**Aboservice:** Telefon 089/21 83-80 80, www.sueddeutsche.de/abo



Dieser Schlag für die türkischen Militärs übertrifft an Wucht alle vorherigen. 196 Offiziere, unter ihnen 25 Generäle, stehen von Donnerstag an in einem neuen Prozess vor Gericht. Die Anklage lautet auf versuchten Umsturz. Das Beweismaterial: 100 000 Seiten über mutmaßliche Putschvorbereitungen aus dem Jahr 2003, kurz nach Amtsantritt der islamisch-konservativen AKP. Codename: „Vorschlaghammer“. Die Vorwürfe seien Unsinn, lässt der Hauptangeklagte Cetin Dogan wissen, damals Befehlshaber der 1. Armee. Bei den entdeckten Plänen handle es sich um eine „Routineübung“.

Die Dokumente schlagen unter anderem einen Bombenanschlag auf Istanbul-Fatih-Moschee und den Abschuss eines türkischen Kampffliglers vor, den man den Griechen in die Schuhe schieben wollte. Das ausbuchstabierte Ziel: zuerst Chaos im Land, dann Sturz der Regierung. Eine Routineübung?

Manche Kritiker werfen der Regierung vor, mit solchen Prozessen nur ihre

## Operation Vorschlaghammer

### Türkei stellt so viele Offiziere wie noch nie vor Gericht

Opponenten ausschalten zu wollen. Die Vorwürfe seien fabriziert. Es gab jedoch nach dem Machtantritt der AKP öffentliche Putschdrohungen. Es gab politische Morde. Und es gab vergangene Woche einen spektakulären Fund, der das Leugnen erschwert: In einer Marinebasis fand die Polizei zehn Säcke voller Dokumente, die unter anderem Listen von putschunwilligen Offizieren enthielten, und Anordnungen, auf welche Insel diese in die Verbannung zu schicken seien.

Dass Teile des Militärs sich einen Umsturz herbeisehnten, dass dieselben Strukturen sich seit Jahrzehnten Todeschwadronen halten, ist für die meisten Beobachter unbestritten. „Die große Frage aber ist: Wie geht man damit um?“, sagt Gerald Knaus von der Denkfabrik European Stability Initiative, der zum

Thema recherchiert. „Reicht da das Strafrecht?“ Die Frage ist berechtigt angesichts einer Justiz, die selbst wie das ganze Land im Umbruch steckt, die oft schlampig arbeitet und über ihr Ziel hinauschießt. Der Vorschlaghammer-Prozess ist nicht der erste seiner Art. Seit 2009 stehen im sogenannten „Ergenekon“-Verfahren 400 Angeklagte wegen ähnlicher Vorwürfe vor Gericht, darunter aber nur eine Handvoll Soldaten.

Zahl und Rang der nun angeklagten Offiziere übersteigt alles Dagewesene. Hinzu kommt, dass die meisten noch aktiv im Dienst sind. Die Spannungen zwischen Regierung und Armee könnten „ eskalieren“, fürchtet der liberale Kolumnist Yavuz Baydar. Und wie funktionsfähig bleibt die Armee, wenn sie mit einem Schlag einen großen Teil ihrer Häupter

verliert? „Wir erleben einen Regimewechsel“, sagt Knaus. Das Ziel sei klar: Die illegitimen Strukturen der Vergangenheit müssten beseitigt werden. Knaus verweist auf Spanien oder Mittelamerika, wo die Länder im Interesse der Stabilität den Abschied von ihren autoritären Militärregimen mit den Generälen „verhandelt“ hätten. Verurteilt wurde dort kaum einer.

Hinweise auf Abmachungen ihrer Regierung mit der Armeeführung glauben auch türkische Journalisten längst zu sehen: So ist die Armee – noch immer ein Staat im Staate – auch nach einer eben verabschiedeten Gesetzesänderung nicht verpflichtet, den Bürgern und Steuerzahlern ihre Finanzierung offenzulegen. Nicht die Art von Deal, die Knaus vorschwebt: „Transparenz ist das Wichtigste.“ Die wird auch bei den Prozessen fehlen: Das türkische Presserecht bedroht jeden Journalisten, der Details aus einem laufenden Verfahren berichtet, mit Gefängnis. Kai Strittmatter

## Lichtensteiner Banken kaufen sich frei

### Deutschland beendet Verfahren wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung gegen Zahlung von fast 50 Millionen Euro

Von Hans Leyendecker

Bochum – Eines der größten deutschen Strafverfahren ist gegen Zahlung einer Rekordsumme in Höhe von 50 Millionen Euro beendet worden. Jährelang hatte die Bochumer Staatsanwaltschaft gegen etwa vierzig Mitarbeiter der früheren Vaduzer LGT Treuhand wegen des Verdachts auf Beihilfe zur Steuerhinterziehung ermittelt. Das Großverfahren, das 2009 durch den Kauf einer CD mit Daten deutscher Kunden ausgelöst worden war, hatte durch die Verurteilung des früheren Post-Chefs Klaus Zumwinkel zu einer Bewährungsstrafe auch international Aufsehen erregt.

Die Beschuldigten zahlen nun Geldauflagen in Gesamthöhe von 3,65 Millionen Euro. Den Hauptanteil von 46,35 Millionen zahlt die Lichtensteiner LGT Group und ihre frühere Tochtergesell-

schaft LGT Treuhand als Geldbuße an die deutsche Staatskasse. Im Gegenzug wurden alle Verfahren eingestellt.

Die Erledigung des Großverfahrens wird von beiden Seiten als Erfolg gewertet. Die Lichtensteiner Helfer deutscher Steuerhinterzieher kommen garantiert ohne Prozess davon. Obwohl die verhängten Strafen durch deutsche Behörden nicht vollstreckt werden könnten, fließen die Millionen in die deutsche Staatskasse.

Die Beihilfe lichtensteinischer Bankmitarbeiter stand früh im Fokus der Bochumer Ermittler. Der Fall wurde von den deutschen Behörden als Verfahren gegen „Dr. Feuerstein und andere“ abgewickelt. „Dr. Feuerstein“ stand für Nicola Feuerstein, einen Schweizer Juristen, der von 2001 bis 2004 der LGT Treuhand vorstand. Das Verfahren gegen ihn soll jetzt mit einer Geldauflage in Höhe von

mehr als einer halben Million Euro eingestellt worden sein. Der Durchschnittssatz bei den meisten Verfahrens-Einstellungen lag bei 15 000 Euro.

Die Erledigung des Falles „Beihilfe LGT“ lässt auch die Richtung des in Düsseldorf geführten Großverfahrens gegen Mitarbeiter und Kundenbetreuer der Credit Suisse (CS) ahnen. Auch in diesem Fall waren Steuerfahnder durch eine gekaufte Kunden-CD auf die Spur deutscher Steuerhinterzieher und ihrer Helfer gestoßen. Das Beihilfe-Verfahren wurde bis vor kurzem gegen Unbekannt geführt. Jetzt gibt es die ersten Namen. In den vergangenen Tagen fanden in der Bodensee-Region Hausdurchsuchungen bei Kundenbetreuern der Bank statt, gegen die neuerdings ermittelt wird. Bereits nach einer ersten Auswertung des Materials hatten Wuppertaler Steuerfahnder den Verdacht formuliert, dass

die Credit Suisse jahrelang Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet habe. In Unterlagen der Fahnder ist von einer „über Jahre hinweg geleisteten systematisierten Beihilfeinstellung zu Steuerhinterziehungen“ die Rede.

Durch die Befragung mutmaßlicher Steuerhinterzieher und die Versendung von Fragebögen an deutsche Kunden der Credit Suisse versuchten die Fahnder in den vergangenen Monaten herauszufinden, wer bei dem Geldhaush wie an den Vorgängen beteiligt war. Im Fall des Schweizer Geldhauses gehen Strafverfolger auch dem Verdacht nach, dass die Großbank den Kunden geraten haben soll, Schwarzgeld durch Lebensversicherungen weißzuwaschen. Diese Methode ist nicht neu, soll aber im Fall CS großflächig angewendet worden sein. Mit einem Abschluss dieses Beihilfe-Verfahrens wird nicht vor 2012 gerechnet. (Seite 4)

## HEUTE MIT



**Oberstübchen:** Der Regisseur Calixto Bieito betreibt mit seinem „Fidelio“ Hirnforschung an der Staatsoper.  
**Himmelfreich:** Christmas-Rock auf dem Olympiatium und weitere Weihnachtskonzerte in München und Umgebung.  
**Luftschloss:** Teil drei der Fantasy-Filmreihe „Die Chroniken von Narnia“ und weitere Tipps von 16. bis 22. Dezember.

## Einberufungen enden im Januar

### Bundeswehr wird eher zur Freiwilligenarmee

Berlin – Die Bundeswehr wird früher als erwartet zur Freiwilligenarmee: Nach mehr als 50 Jahren Wehrpflicht werden im Januar 2011 zum letzten Mal junge Männer auch gegen ihren Willen eingezogen. Schon beim zweiten Einberufungstermin am 1. März werden nur noch Freiwillige den Wehrdienst antreten. Gesetzlich könnte die Bundeswehr bis Juli Männer auch gegen ihren Willen einziehen. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) erklärte aber, davon nach Januar keinen Gebrauch mehr zu machen. Das Kabinett beschloss am Mittwoch neben dem Aussetzen von Wehrpflicht und Zivildienst auch die Verkleinerung der Bundeswehr von 240 000 auf bis zu 185 000 Soldaten. Am Abend einigten sich Bund und Länder zudem darauf, die mindestens 40 000 neuen Studienplätze, die durch die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 nötig werden, je zur Hälfte zu finanzieren. (Seite 5) dapd

## Jeder Haushalt zahlt künftig Rundfunkgebühr

Berlin – Die Rundfunkgebühr wird von 2013 an pro Haushalt und nicht mehr pro Gerät erhoben. Darauf einigten sich am Mittwoch die Ministerpräsidenten der Länder. Der neue Betrag soll die jetzige Gebühr von 17,98 Euro pro Monat nicht übersteigen. Er muss auch bezahlt werden, wenn kein Fernseh- oder Radiogerät vorhanden ist. (Seiten 4 und 5) epd

## Castor-Transport erreicht Deutschland

Anklam – Begleitet von kleineren Protesten hat der neue Atommülltransport aus Frankreich am Mittwoch Deutschland erreicht. Der für das Zwischenlager bei Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern bestimmte Zug mit vier Castor-Behältern überquerte nach Angaben der deutschen Polizei am frühen Nachmittag die Grenze zwischen Forbach und Saarbrücken. Am Donnerstag soll er in Lubmin eintreffen. (Seite 6) AFP

## Söder warnt Ärzte vor Verlust der Existenz

München – Gesundheitsminister Markus Söder hat die bayerischen Hausärzte vor dem Verlust der Existenz gewarnt. Jeder solle sich die Folgen eines Ausstiegs aus dem Kassensystem überlegen, sagte er der Süddeutschen Zeitung. „Die Rückgabe der Kassenzulassung ist ein One-way-ticket. Wer draußen ist, ist draußen.“ Es herrsche schon jetzt eine Überversorgung mit Ärzten. Die Hausärzte planen am 22. Dezember kollektiv ihre Kassenzulassung zurückzugeben, um höhere Honorare zu erzielen. (Bayern) SZ

Dax ▼	Dow ▼	Euro ▼
Xetra Schluss 7016 Punkte -0,16 %	N.Y. Schluss 11 457 Punkte -0,17 %	22 Uhr 1,3212 US-\$ -0,0170

## Das Wetter

München – Von Nordwesten her dichte Wolkenfelder. Lang anhaltender Schneefall, vorübergehend auch gefrierender Regen. Zwischen Schwarzwald und Oden anfangs noch Sonne, später Schnee. Temperaturen zwischen minus acht und plus vier Grad. (Seite 29 und Lokales)

**Mittwoch-Lotto** (15.12.2010)  
**Gewinnzahlen:** 3, 9, 14, 28, 43, 45  
**Zusatzzahl:** 49  
**Superszahl:** 0  
**Spiel 77:** 9 0 0 4 2 8 8  
**Super 6:** 9 9 9 2 8 1 (Ohne Gewähr)